

Überdecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überdecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg. Verlags- und Werbe-Anzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächsten 14 Tage müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 19.

Mittwoch, den 23. Januar 1918.

25. Jahrg.

So ist die „Vaterlands“partei.

Von Hermann Wendel, M. d. R.

In Frankfurt fing es an und in Berlin setzte es sich fort. Hier schleuderte der Redner der Vaterlandspartei, Graf Bothmer, einem der zwischenrufenden Kriegstrüppel ein verächtliches „Simpel!“ entgegen, und in Berlin erging es einer Anzahl Kriegsbeschädigter in einer Versammlung der Vaterlandspartei noch weit über. Weil sie die Beleidigungen durch einen alldeutschen Landverächler nicht stumm hinnehmen wollten, wurden sie durch ein „Trommelfeuer“ von Fausthieben „aus dem Saal gewirbelt“ — so heißt es wortwörtlich in dem Triumphartikel der „Deutschen Zeitung“ über diesen glorreichen Sieg. Ja, es sind echt germanische Kern- und Kraftnaturen, diese alldeutschen Krieger, und ihr Tatendrang ist so ungehindert wie ihr Appetit. Zwar draußen in den Schützengräben — nein! Das überläßt man lieber andern, aber im gutgeheizten Versammlungssaal, nach einem stürmischen Abendessen, und wenn sie sich in der Ueberzahl wissen und noch dazu gegen Kriegstrüppel, da reißt sie der vielberühmte furor teutonius zu stürmischen Heldentaten hin. Mit Gott für König und Vaterland! Und ein Kriegsgewinner schlägt einen armen Teufel zu Boden, der sein recht's Bein vor Verbund lieh, und sich mit einem Holzfuß fortbewegt. Deutschland, Deutschland über alles! Und ein dauernd Unabkömmlicher paukt mit zwei gesunden Fäusten auf einen Wehrlosen ein, dem die Winterkälte in Mäuren den Arm gekostet hat. Und seine Damen, die daheim die Hamsterkammer wohlgefüllt haben, wandeln sich in Brünhilden, und schlagen mit Schirmen auf Männer los, die ihr Blut auch für ihr sattes Dronendasein verspritzt haben.

Einer dieser Gelmenschen hatte die Dreistigkeit, in die Versammlung zu schreiben: „Reißt ihnen doch das Eisene Kreuz aus dem Anopfloch!“ Statt dessen ist es höchste Zeit, der Vaterlandspartei ihre falsche Firma herunterzureißen. Unter den Anhängern dieser Partei gibt es viele harmlose Mitleider, kleine Leute, brave Leute, denen es schmeichelt, mit einer Durchlaucht und einer Exzellenz zusammen im selben Verein zu sitzen und womöglich in der Zeitung genannt zu werden; von ihnen gilt das Bibelwort: „Herr vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!“ Auch manche Leuchte der Wissenschaft setzt ihren Namen unter einen Aufruf der Vaterlandspartei, ohne eine Ahnung davon zu haben, wofür er seine Unterschrift hergibt. Aber der Kern der Partei, ihre eigentlichen Treiber und Drahtzieher, sind eine reaktionäre Gesellschaft und mit dem Vaterland hat das ganz gewiß nichts zu tun! Denn alle diese stehen nicht auf dem Boden des zwanzigsten, kaum des neunzehnten, sondern des achtzehnten Jahrhunderts und wünschen in ihren Träumen jene Zeit zurück, da der Deutsche noch kein Vaterland, sondern einen Landesvater hatte, der ihn despotisch mit dem Knüttel regierte. Vaterland aber ist ursprünglich ein revolutionärer Begriff und eine revolutionäre Grundgesamtheit, denn der Absolutismus betrachtete Land und Leute als Besitztum des Fürsten, und dem französischen Sonnenkönig nachahmend, konnte sich Schillers grausamer Schinder, der Herzog Karl Eugen von Württemberg, brüsten: „Das Vaterland hin ich!“ Unbestreitbar, daß die westlichen Völker, gegen die wir heute im Krieg liegen, früher als die Deutschen durch die Erhebung ihrer bürgerlichen Klassen dazu kamen, ein Vaterland mit allen Sinnen zu umklammern. Den Deutschen wurde der Vaterlandsbegriff in den Befreiungskriegen 1813 bis 1815 geläufig, um freilich in der Reaktionszeit dennoch wieder verwest und verächtigt zu werden. Die Vaterlandspartei aber ist ein Hemmnis der Entwicklung. Die Gewalt nach außen wollen, wollen auch Gewalt nach innen! Zu ihren Kriegszielen gehört nicht nur die flandrische Küste, sondern auch das ungleiche Wahlrecht in Preußen.

Aber uns ist nicht bange! Wenn es zum Entscheidungslampf kommt, dann stehen bei der Fahne derer, die unerbürdlich vorwärts wollen, nicht nur eine Handvoll hilfloser Kriegstrüppel, sondern auch die Millionen, die mit gelunden Gliedern und kräftigen Fäusten aus den Schützengräben beimgekehrt sind. Und mit dem „Hinauswirbeln“, so will uns bedünken, dürfte es dann noch ein wenig anders kommen, als in jener Berliner Versammlung der sogenannten Vaterlandspartei.

Wie sieht es in Petersburg aus?

Die Frage ist auch heute noch nicht zu beantworten. Die direkten Meldungen aus Petersburg geben keine genaue Auskunft. Es liegt lediglich ein Aufruf des Hauptvollzugsausschusses an die Bevölkerung Petersburgs vor, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Feinde des Volkes verbreiten das Gerücht, daß revolutionäre Arbeiter und Soldaten am 5. Januar auf die Teilnehmer einer friedlichen Kundgebung der Arbeiter Schüsse abgegeben hätten. Dies geschieht, um Unruhe und Unordnung in die Reihen der arbeitenden Massen zu tragen und um die revolutionären Führer anzugreifen. Es ist schon festgestellt worden, daß Spitzel auf die Matrosen, Soldaten und Arbeiter geschossen haben, die die Ordnung in der Stadt sichern. Der Hauptvollzugsausschuß hat

eine energische Untersuchung eingeleitet. Die Schuldigen werden von den revolutionären Gerichten abgeurteilt werden. Genaue Feststellungen werden sobald wie möglich veröffentlicht werden. Der Hauptvollzugsausschuß fordert die Bevölkerung auf, den Gerüchten keinen Glauben zu schenken und ruhig zu bleiben. Die revolutionäre Ordnung wird von Matrosen, Arbeitern und Soldaten gesichert.

Der Hauptvollzugsausschuß.“
Hiernach wären also die Meldungen, nach denen es in Petersburg zu blutigen Straßenkämpfen gekommen sei — auch heute werden solche wieder über das Ausland verbreitet — unwahr. Nun wäre es ganz erklärlich, daß die Maximälischen aus Gründen, die in ihrem eigenen Interesse liegen, die Nachrichten über Straßenkämpfe abstreiten, um nicht den Anschein zu erwecken, als ob ihre Macht im Sinken sei. Wir halten es deshalb für sehr wahrscheinlich, daß es in der Hauptstadt zwischen Anhängern und Gegnern der Maximälischen doch zu Zusammenstößen gekommen ist, die vielleicht von den ententefreundlichen Berichterstattern stark übertrieben worden sind. Vielleicht gelingt es, über Stockholm von einwandfreier Seite genaue Nachrichten über das, was tatsächlich in Petersburg vorgegangen ist, zu erhalten. Bis dahin werden wir uns auf die Wiedergabe der Meldungen beschränken, die uns erwähnenswert und einigermaßen zutreffend erscheinen. Und das ist heute außer der obigen noch folgende Nachricht über eine angelegte Ermordung früherer Minister.

„Associated Press“ meldet aus Petersburg vom 20. Januar: Die früheren Mitglieder des Kabinetts Kerenski, Tschingarew und Kozolockin wurden in der letzten Nacht im Marinehospital, wohin sie aus der Peter-Pauls-Festung krankheitshalber verbracht waren, in ihren Betten ermordet. Ein Dutzend bewaffneter Männer drang in das Hospital ein. Sie fragten, wo die Minister säßen. Dann feuerten sie sechs Schüsse auf Tschingarew und zwei auf Kozolockin. Beide wurden getötet. Die Mörder verließen dann das Hospital. Weiter wurde ein Mordversuch gegen den bolschewistischen Wahlkommissar Orskij unternommen; eine Kugel streifte ihm das Ohr.

Die Friedensverhandlungen.

Die Hoffnung auf einen baldigen Frieden mit der Ukraine ist wieder etwas ins Wanken gekommen. Von dem gegenwärtigen Vorgehen der russischen Friedensdelegation, Toffe, ist bei der deutschen Friedensdelegation die Mitteilung eingegangen, daß die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte in Charkow, die für sich das Recht in Anspruch nimmt, die Rechte der Ukraine zu vertreten, zwei Bevollmächtigte zur Teilnahme an den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk entsandt und daß die russische Delegation diese beiden Herren als Mitglieder aufgenommen hat. Aus dem begleitenden Schriftstück geht hervor, daß die Regierung in Charkow dem Generalsekretariat in Kiew und der dortigen Zentralrada das Recht, im Namen der Ukraine zu verhandeln, abspriecht. Diese Körperschaften stellen lediglich Organe der Bourgeoisie dar und wären nicht in der Lage, Abmachungen mit anderen Ländern zu treffen und durchzuführen. Die Charlower Regierung, die eine Filiale der Bolschewiki darstellt, sucht ihren Anschlag an die Petersburger Regierung als Zentralorgan Russlands der föderativen Gesamtrepublik und die russische Delegation scheint neuerdings auch in dieser Eigenschaft auftreten zu wollen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Kiewer Regierung zu dieser neuen Sachlage stellt.

Nun dürfte es sich um die Entscheidung der Frage handeln, wer denn eigentlich als Vertreter der Ukraine gelten kann. Eine Entscheidung, die außerordentlich schwer fällt. Haben die Arbeiter- und Soldatenräte die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, dann dürften die in Brest-Litowsk getroffenen Abmachungen hinlänglich sein, es sei denn, daß die Bevollmächtigten der Arbeiter- und Soldatenräte diese Abmachungen auch für sich anerkennen, was wir jedoch bezweifeln. Die Lage ist also wieder sehr verzwickelt.

Inzwischen gehen die Kommissionsverhandlungen mit den Russen weiter, wie folgende Meldung zeigt:

Brest-Litowsk, 21. Januar. Die deutsche Kommission für wirtschaftliche Angelegenheiten hat ihre gestern begonnenen Besprechungen mit den russischen Vertretern heute fortgesetzt. Die Vorarbeiten für die weiteren wirtschaftlichen Kommissionsberatungen wurden einer Subkommission überwiesen, die bereits heute nachmittag ihre Arbeiten aufgenommen hat. Gestern und heute haben auch die ersten offiziellen Beratungen der deutsch-russischen Kommission stattgefunden. Es wurden im einzelnen behandelt und formuliert die Beendigung des Kriegszustandes sowie die Wiederherstellung der diplomatischen und konsularischen Beziehungen, die Entschädigungsfrage und die Wiederherstellung der Staatsverträge. Gegenwärtig wird über die Wiederherstellung der Privatrechte verhandelt.

Berlin soll nach Brest-Litowsk.

Die „Basler National-Zeitung“ schreibt: Wie die „Pravda“ berichtet, verlangte der Exekutivausschuß der Sowjets, daß Lenin selbst nach Brest-Litowsk abreife.

Die Aalandfrage.

Zu Staatssekretär von Kühlmanns Initiative in der Aalandfrage schreibt „Nya Dagbladet i Helsingfors“: Dieser Schritt von deutscher Seite ist, soweit wir sehen können, sowohl ein sehr berechtigter, wie auch noch unserem Standpunkte aus ein überaus glücklicher diplomatischer Zug. Seitdem England durch seine Mithilfe bei der Verletzung des Aalandvertrages und hierauf jetzt seine Weigerung, die Unabhängigkeit Finnlands anzuerkennen, gezeigt hat, wie sein Interesse für Freiheit und Zukunft der an der Ostsee lebenden Völker wirklich beschaffen ist, erscheint es desto bedeutungsvoller, daß die deutschen Staatsmänner, als Unterzeichner des Aalandvertrages sich ihrer Rechte befinden, die sie dazu benutzen wollen, zu verlangen, daß neue Garantien gegen die Befestigung der Inseln geschaffen werden. Staatssekretär v. Kühlmann hat zweifellos recht, wenn er annimmt, daß der Wunsch des schwedischen Volkes dahingehe, durch friedliche Verhandlungen mit den Uferstaaten der Ostsee baldmöglichst eine Lösung der für Schweden so wichtigen Fragen zu erzielen. Das schwedische Volk wird mit großer allgemeiner Befriedigung die Aussicht begrüßen, bei den Verhandlungen über die Aalandfrage in Brest-Litowsk vertreten zu sein.

Die Ausstandsbewegung in Oesterreich-Ungarn.

Ueber die Ausstandsbewegung in Oesterreich, über die wir bereits einige Mitteilungen brachten, veröffentlicht die Berliner Blätter ausführliche Berichte, denen wir folgendes entnehmen:

In Oesterreich hat in den letzten vier Tagen eine Arbeiterbewegung geherrscht, die von verhältnismäßig kleinen Anfängen ausgehend, sich zu einem Massenstreik von ungewöhnlichen Dimensionen entwickelt hat. Ursprünglich mit Ernährungsfragen motiviert, zeigte die Bewegung alsbald ihre politischen Triebe. Es handelt sich im Grunde um die von weiten bürgerlichen Schichten unterstützte Forderung der Arbeiterschaft nach der Sicherstellung eines baldigen ausgleichenden Friedens. Am Sonntag ist es nach mehrstündigen Verhandlungen mit verschiedenen Regierungsstellen zu einer Einigung gekommen, wobei den Wünschen der Arbeiter in weitem Umfange Rechnung getragen worden ist. Ursprung und Verlauf der Bewegung.

Am Morgen des letzten Montag entstand unter der österreichischen Arbeiterschaft eine lebhafte Bewegung, die noch im Laufe des Tages zur Einstellung der Arbeit in zahlreichen Kriegsbetrieben führte. Die Bewegung nahm ihren Ausgang von der Wiener Neustadt, wo Deputationen bei den Behörden und den Leitern der Kriegsbetriebe die Herabsetzung der Mehloquote protestierten. Da die Antworten auf diese Proteste nicht befriedigten, gaben die Vertrauensmänner noch am Montag die Parole aus, die Arbeit niederzulegen. Als erste stellten die Arbeiter von den Daimler-Motoren in der Wiener Neustadt die Arbeit ein, ihnen schlossen sich alle übrigen Kriegsbetriebe von Wiener-Neustadt, die sehr umfassend sind, noch im Laufe des Tages an. Dienstag mittag griff der Streik auf die Wiener Kriegsbetriebe über. Dienstag abend trübten in den Werken Favoriten, Margareten, Fünfhaus und Florisdorf sämtliche Kriegsbetriebe. In Ottakring wurde der Streik erst Mittwoch früh organisiert. Im Laufe des Mittwochs schlossen sich zahlreicher Wiener Privatbetriebe der Streikbewegung an. Am Freitag war Wien bereits ohne Licht und kein Theater versuchte mehr zu spielen. Freitag mittag wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt und am Freitag mittag sind die letzten Zeitungen in Wien erschienen.

Gonabend früh erschien im Verlage der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ ein zwei Seiten umfassendes Mitteilungsblatt an die Arbeiterschaft. Auf der ersten Seite des Mitteilungsblattes sind folgende vier Punkte festgesetzt, die lauten: 1. Es wird gefordert, daß die Regierung die Verhandlungen in Brest-Litowsk von keinerlei territorialen Zugeständnissen der Russen abhängig macht, daß die Regierung die Vertrauensmänner der Arbeiter über den Stand der Verhandlungen freimüthig unterrichtet, sie ständig über die Verhandlungen auf dem laufenden hält und ihnen den gebührenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen nicht verweigert; 2. daß die Regierung einer gründlichen Reorganisation des Bergpflugsdienstes, insbesondere der Gleichstellung der Selbstverwahrer mit der übrigen Bevölkerung, zustimmt; 3. daß die Regierung die unverzügliche Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für die Gemeindervertretungen jagt und 4. daß sie der Aufhebung der Militärregierung der Betriebe keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legt.

Obwohl der sozialdemokratische Parteivorstand die Arbeiter aller Lebensmittelinstrumenten, die Straßenbahn- und Transportarbeiter, sowie die Gas- und Elektricitätsarbeiter wiederholt dringend ermahnt, im Interesse der Gesamtbevölkerung die Arbeit nicht einzustellen, haben diese Arbeitergruppen die Arbeit dennoch eingestellt. Man kann trotzdem nicht behaupten, daß die Führer der deutschen sozialdemokratischen Partei in Oesterreich, Adler, Kemner und Seitz, die Bewegung nicht fest in der Hand behalten hätten.

Die Ausstandsbewegung blieb nicht auf Oesterreich beschränkt, sondern dehnte sich am Donnerstag und Freitag auch auf Steiermark, Böhmen und Mähren aus. Auch in Graz, Brünn und Prag wurde der Straßenbahnverkehr eingestellt und es entstand dieselbe Ausstandsbewegung, die sich heute zu einem Generalstreik ausweitet. Die Regierung

Eine bürgerliche Warnung an die Adresse der Wahlreformverschlepper.

In seinem Montag-Beitrag schreibt Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“:

„Wollen die konservativen und schmerindustriell-nationalliberalen Wahlreformverschlepper durchaus neue Gefahren zu denjenigen häufen, die in genügendem Maße das Land umdröhen? Es scheint, daß diesen preußischen Olympiern die Verantwortung, mit der sie sich belasten, nicht völlig klar vor Augen steht. Außerhalb des Deutschen Reiches sind Dinge vorgegangen, von denen das deutsche Publikum nichts weiß. Inbessenen, den preußischen Abgeordneten dürfte der Gang der Tagesereignisse doch nicht völlig unbekannt sein. Halten sie sich für so klug, daß sie nichts zu lernen brauchen, und für so imponierend, daß aus Kessel vor ihnen das Wasser nicht steigt? Vergessen hat die wohlmeinende Regierung die konservativ-nationalliberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses warnend auf die Folgen, die ihr selbstschätiger Widerstand für das Land und für den Verlauf des Krieges haben könnte, aufmerksam gemacht. . . Die Situation ist wirklich nicht so beschaffen, daß man sich unbedenklich eine Politik gestatten dürfte, die den weitaus am schwersten bühnenden Volksschichten klar den unvergänglichen Starrsinn der Machtpächter zeigt.“

Der badische Landtag zur Zensurfrage.

Die Presseabteilung des 14. Armeekorps verbot am vorigen Morgen telegraphisch den badischen Zeitungen, irgend etwas über die am Sonntag in Mannheim aufgelöste Versammlung der Vaterlandsparteier zu berichten. Diese Maßnahme erwies sich schon am gleichen Tage als völlig verfehlt, da „Frankfurter Zeitung“ und „Frankfurter Volksstimme“ die Mannheimer Aufsicht mitteilten. Am Dienstag trat nun der badische Landtag wieder zusammen und sofort nahm der Abg. Kopp vom Zentrum die Gelegenheit wahr, der Regierung zu sagen, sie hätte alle Bergamfassung, bei den militärischen Instanzen dahin vorstellig zu werden, daß ein solches Verbot nicht vorkomme. Es wäre zweckmäßiger, hätte er hinzu, provisorische Versammlungen, wie es die der Vaterlandspartei meistens seien, überhaupt nicht stattfinden zu lassen.

Der Staatsminister v. Boman war in Verlegenheit und zog sich auf das formale Recht des Generalkommandos, dieses Verbot zu erlassen, zurück. Bedauernd mußte er allerdings feststellen, daß auch ihm eine Kritik der Maßnahmen des Generalkommandos nicht möglich sei. Er konnte sich nur auf eine Mitteilung dieses Verbots beschränken, weil das Generalkommando tatsächlich zwölf Stunden später seinen Erlaß zum Teil wieder aufgehoben hat.

Nichtsdestoweniger war der Abg. Beneden von der fortschrittlichen Volkspartei in der Lage, dem Minister nachzuvorstellen, daß in Baden die Zensur strenger gehandhabt wurde als in Württemberg und anderen süddeutschen Bundesstaaten. (Nebenbei bemerkt kritisierte dieser Redner mit Recht, daß in einer Pforzheimer Schule die Kinder beauftragt wurden, an den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Wittum einen Brief zu schreiben und ihn um die Annexion der Ostprovinzen zu bitten.)

Kein Redner der Zweiten badischen Kammer wagt's, die Zensur in der Mannheimer Versammlungsangelegenheit in Schutz zu nehmen.

Ernährungsfrage.

Die Folge der Vertrauenslosigkeit.

Was dabei herauskommt, wenn man Getreide und Kartoffeln zu lange den Produzenten zur „offiziellen“ Behandlung überläßt, zeigt ein Notizblatt der Stadt Trier, die inmitten reicher Kartoffelgebiete liegt. Unter dem 2. Januar wird aus Trier berichtet, daß der zur Lieferung verpflichtete Landkreis von 177 292 Zentner Kartoffeln bisher nur die Hälfte angeliefert hat. Der Rückstand ist nicht etwa, wie man jetzt meistens so gerne bei allen Gelegenheiten behauptet, auf Transportbeschwerden zurückzuführen, sondern die Kartoffeln sind einfach verschwunden und die Stadt Trier die an die „Sicherstellung“ ihrer Kartoffelmengen glaubte, steht sich genötigt auf die Suche nach einem anderen Lieferungspreis zu gehen. Hoffentlich erleben wir nicht noch mehr derartige Fälle. Die Verantwortung für diese unerhörten „Zurückfälle“ ganz allein auf das Kriegsernährungsamt, das von allen Seiten und erst kürzlich wieder durch eine Eingabe von freier Gewerkschaften wie auch des Kriegsernährungsamtes für Parlamentarier unter der notwendigen Folge allgütiger Vertrauenslosigkeit in bezug auf die Kartoffelbewahrung in den Mieten der Landwirte aufmerksam gemacht worden ist.

Die Folgen der Anreizprämien.

Eine Verordnung des Staatssekretärs des Kriegsernährungsamtes vom 24. November 1917 befaßt, daß der geltende Höchstpreis für Hafer sich erhöht, wenn die Ablieferung bis zum 31. Dezember 1917 einschließlich erfolgte, um eine Lieferungsprämie von 70 Mk. für die Tonne, wenn die Ablieferung bis zum 31. Januar 1918 einschließlich erfolgt, um eine Lieferungsprämie von 30 Mk. für die Tonne. Die Lieferungsprämie von 70 Mk. wird für alle bis zum Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgten Ablieferungen von Hafer aus der Ernte 1917 auf Antrag nachgezahlt. Der Grundpreis von 270 Mk. pro Tonne erhöht sich somit durch die Prämie- und Lieferungsprämien auf 360 bzw. 400 Mk. Was sind die Folgen? Der Bauernführer Dr. Schmittbauer sagt in der „Kriegswirtschaftlichen Beilage“ des „Bayerischen Kurier“ Nr. 50: „Durch die Verordnung des Kriegsernährungsamtes vom 24. November 1917 ist neuerdings wiederum die Gefahr der Verfüllung von Brotgetreide heraufbeschworen worden. Wenn der Bauer für den Hafer 20 Mk. bekommt, für den Roggen aber nur 14 Mk., den Weizen nur 15 Mk., für die Gerste nur 16 Mk. Markt, dann ist klar, daß vielfach Hafer verkauft, das Brotgetreide aber und die Gerste verfüllt werden. Die neuen Bestimmungen führen die Gefahr der Verfüllung von Brotgetreide durch die neue Schweinepreissordnung erreicht werden sollen.“ In Konsequenz dessen dürfte der Bauernführer eigenmächtig fordern, daß die Lieferungsprämie wieder aufgehoben wird. Das tut er nicht, im Gegenteil: er meint sogar, es wäre eine „schwere Ungerechtigkeit“ gegen die wirtschaftlich ungünstig gestellten Betriebe, wenn die Preise ab 1. März 1918 wieder herabgesetzt würden. Wie kann nun dem Verfüllung von Brotgetreide vorgebeugt werden? Sehr einfach. Man legt die Preise für Weizen, Roggen und Gerste in die Höhe, und schafft so wieder einen Ausgleich gegenüber dem Preis für Futtergetreide. Und wenn dann der Anreiz zur Ablieferung des Futtergetreides nicht sehr groß ist, dann schafft man eben wieder einen „Ausgleich“, indem man das Futtergetreide im Preise heraufsetzt und so weiter, bis wieder alles um das Doppelte und Dreifache im Preise gestiegen ist. Ja, ja, die Landwirte wissen, wie man die Not der Zeit ausnützt. Nur wissen die minderbemittelten Volksschichten nicht, wie sie unter diesen Umständen durchhalten sollen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 28. Januar.

Eine Bürgerliche Warnung findet am kommenden Montagabend 8 Uhr statt. Dieselbe wird die am verflohenen Montag unerledigten Punkte anzudeuten.

Der amtliche Kriegsbericht.

WZS. Großes Hauptquartier, 23. Janz. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Fast an der ganzen flandrischen Front war am Nachmittag der Feuerkampf gesteigert. Auch südlich der Scarpe lebte die Gefechtsaktivität wieder auf. Bei St. Quentin wurden in erfolgreicher Durchführung zahlreiche Erkundungen Gefangene eingebracht.

Seeresgruppe Deutsche Kronprinz.

Nördlich von Souen und nordöstlich von Arras folgten nach harter Feuerwirkung französische Vorstöße. In heftigen Kämpfen wurde der Feind zurückgeschlagen. Eigene Infanterie-Abteilungen drangen östlich von Malancourt in die feindlichen Gräben ein und führten mit einer Anzahl Gefangener zurück.

Zwischen Beaumont und Orens nahm die Artillerietätigkeit am Abend zu.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Algeronische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italienische Front.

Zu beiden Seiten der Brenta Artilleriekämpfe.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Gemeindliche Zuschüsse zu Lebensmittelpreisen.

Es ist im Laufe des Krieges mehr und mehr Mode geworden, die Mehrbelastung der Bevölkerung durch die neuen Preisaufschläge durch teilweise Uebernahme auf den Stadtfiskus auszugleichen, da oft kein anderer Ausweg bleibt. Es geht in die Hunderttausende, was die Städte jährlich für die Lebensmittelversorgung zuzulegen haben.

Das System der gemeindlichen Zuschüsse ist ein sehr gefährliches und schädliches. Wohl erreicht man dadurch die Abwendung einer momentanen Erbitterung, denn die Preisaufschläge auf Lebensmittel sind oft derart, daß sie der Minderbemittelte, insbesondere der Arbeiter, nicht bezahlen kann und auch nicht durch höhere Löhne ausgleichen kann. Aber damit hat man nicht das geringste erreicht. Die gemeindlichen Zuschüsse müssen wieder durch Umlagen und Steuern, die wieder die Allgemeinheit zu zahlen hat, aufgebracht werden und, was die Hauptsache ist, die Produzenten werden zu immer weiteren Aufschlägen förmlich angezogen, so daß die Aufschläge nach oben überhaupt keine Grenze mehr finden.

Es ist Zeit, daß durch die Städte gegen die verkehrte Preispolitik der Regierung einmal energig Front gemacht wird. Diese verkehrte Preispolitik beschränkt sich übrigens nicht nur auf die Nahrungsmittel. Auch sonst wird der Profitgier für und Tor geöffnet und eine Preistreibererei ermöglicht, die dann wieder den Grund zu weiteren Verteuerungen der Lebensmittel abgibt. Die Städte müssen sich dagegen verwahren, daß das Reich den Industriellen und Kriegsgesellschaften ständig Preiserhöhungen bewilligt und ihnen zu übermäßigen Dividenden verhelfe, während man andererseits den Gemeinden zumutet, öffentliche Mittel zur Verbilligung der Nahrungsmittel aufzumenden, was doch eigentlich Sache des Reiches und Staates wäre.

Es muß von der Regierung verlangt werden, die allgemeine Herabsetzung der grenzenlos verteuerten Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände sofort in die Wege zu leiten. Wir wissen allerdings, daß das kein Leichtes ist, denn die unselbige Profitgier liegt im Wesen der kapitalistischen Ordnung, auf welcher die heutigen Staaten aufgebaut sind. Aber so wie bisher kann es einfach nicht weiter getrieben werden.

Die Haftpflicht der Post.

Die zunehmenden Diebstähle im Postwesen geben Veranlassung, einige aufklärende Winke über die Haftpflicht der Post für Verlust und Beschädigung der Postsendungen zu erteilen. Hierbei haben wir naturgemäß mehr den Paket- und Briefsendungsverkehr im Auge, der in den heutigen veränderten Wirtschaftsverhältnissen viel stärker in die Erscheinung tritt als in Friedenszeiten.

Maßgebend für die in Rede stehende Haftung sind die §§ 6 bis 15 des Postgesetzes, die dieses Gebühre mit der Gesamtüberschrift „Garantie“ versehen hat. Hier beginnt schon die Haftung für ein gewöhnliches Paket im Betrage von 3 Mark für je 500 Gramm. Das Paket muß aber „eingeliefert“ sein, d. h. der Absender hat zu beweisen, wann und bei welcher Postanstalt das Paket eingeliefert wurde, denn unter „Einführung“ ist, da das Postgesetz keine besonderen Vorschriften über die Annahmehandlung enthält, die Bestätigung der Abgabe zum Zwecke der Beförderung zu verstehen. Diesen Nachweis kann man sich am bequemsten verschaffen, indem man sich über jedes eingelieferte gewöhnliche Paket von der Paketannahme der Post einen Einlieferungsschein ausstellen läßt. Die Gebühr hierfür beträgt 10 Pfg. für jedes Paket. Auf diese einfache, im Publikum und in Geschäftskreisen viel zu wenig bekannte Übung läßt sich nicht nur die Einlieferung, sondern auch die genaue Gewichtsangabe sowie die Richtigkeit des für die Freimachung gezahlten Betrages nachweisen. Für die Einschreibesendungen — eingeschriebene Pakete sind nur während des Krieges nicht zugelassen — werden dem Absender ohne Rücksicht auf den Wert der Sendung bei völligem Verlust 42 Mk. gezahlt. Für Wertsendungen und Postanweisungen wird bis zur Höhe des angegebenen Wertes bzw. entgegengesetzten Betrages der Post gehaftet.

Anspruchsberechtigter der Erschleifungen ist in allen Fällen der Absender, nicht der Empfänger. Der Erlassanspruch steht dem Absender deshalb zu, weil dieser durch die Einführung der Sendung einen Vertrag mit der Postverwaltung einget. Es ist dies der sogenannte „Beförderungsvertrag“ des § 1 des Postgesetzes.

Bei Angabe von Werten soll man sich davor hüten, zu hohe Angaben zu machen; die Wertangabe soll vielmehr so fixiert werden, wie sie dem wirklichen Werte des Inhalts der Sendung entspricht. Denn gerät eine übermäßig hoch taxierte Wertsendung in Verlust und es wird hierfür Schadenersatz gefordert, so kann hieraus, wenn sich später ein viel geringerer Wert ergibt, eine betrügerische Absicht nach §§ 263, 267, 268 des Strafgesetzbuches konstruiert werden. Hat nur ein Teil der Sendung Verlust oder Schäden erlitten, so wird von der Post nur der wirkliche Wert der Sendung vergütet. Geht eine Sendung, für die an und für sich die Post die Haftung übernimmt, fehl, so haftet auch der Postbesitzer aus § 359 BGB. Bei Postanweisungen haftet die Post

nicht für den Schaden wegen angeblich verspäteter Auszahlung. Da die Post nur für postordnungsmäßig erfolgte Einführung haftet, so hat der Absender alle Nachteile selbst zu vertreten, die durch postordnungswidrige Adressierung, Vorstellung usw. entstehen. Auch der Absender kann unter Umständen bei Wertsendungen, die bei der Beförderung durch die Post eine Gewichtsminderung erfahren haben, dem Absender gegenüber haftbar gemacht werden. Hier ist er verpflichtet, nichts zu verjahren, damit dem Absender die ihm gegen die Postverwaltung im Falle des Abhandlungens des Inhalts der Wertsendung zustehenden Ansprüche nicht verloren gehen. Für gewöhnliche Nachnahmen übernimmt die Post keine Haftung; dagegen wird für die eingezogenen Beiträge ganz wie bei Postanweisungen gehaftet.

Der Anspruch auf die Erschleifung muß in allen Fällen bei der Oberpostdirektion geltend gemacht werden, in deren Bezirk die Sendung eingeleistet wurde, und er ist gegen die Einfuhrungsstelle zu richten. Der Anspruch auf Entschädigung erlischt mit dem Ablauf von sechs Monaten vom Tage der Einführung der Sendung an gerechnet. Diese Verjährung wird durch Anbringung der Erhebung des Anspruchs bei der zuständigen Postbehörde unterbrochen. Ergeht hierauf ein abschlägiger Befehl, so beginnt, vom Empfange dieses, eine neue Verjährung, während der es dem Anspruchsberechtigten freisteht, im Wege der Klage gegen den Postfiskus seine Rechte geltend zu machen.

Die Verwendung der selbstgewonnenen Kaninchen für den eigenen Bedarf ist verboten. Vielmehr besteht noch die Auffassung, daß wenigstens die von der eigenenucht gewonnenen Felle auch für den eigenen Haushalt ungeschädigt und verwendet werden dürfen. Diese Meinung ist falsch. Die Kaninchen müssen vielmehr ausnahmslos an einen Händler oder an die Sammelstelle eines Kaninchenzüchtereis abgeliefert werden. Wer hiergegen verstößt, insbesondere der selbstgewonnenen Felle für sich verwendet, macht sich strafbar. Auch die Züchter- und Züchterbetriebe werden von den maßgebenden Behörden auf Befolgung der bestehenden Vorschriften sehr streng überwacht. Zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten machen wir unsere Leser hierauf ausdrücklich aufmerksam.

Zulagen für Rentenempfänger. Auf die heute im amtlichen Teil veröffentlichte Bekanntmachung über die Gewährung von Zulagen an die Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente weisen wir besonders hin.

Lebensmüde. Am Montag morgen sprang bei der alten Eisenbahnbrücke ein junges Mädchen in selbstmörderischer Absicht in den Kanal. Auf ihre Hilferufe eilten Flugschwärmer mit einem Boot herbei, retteten das junge Mädchen, das anscheinend durch die Verührung mit dem kalten Wasser zur Vernunft gekommen war, von dem Tode des Ertrinkens und brachten sie auf das Lazarettshiff.

97 Milliarden Postbesucher. Der Postbesucher im Reichs-Postgebiete hat sich 1917 recht erheblich entwickelt. Die Zahl der Postbesucher ist von 148 918 Ende 1916 um 40 514 auf 189 432 Ende 1917 gestiegen. Ihr Guthaben hat von 465 Millionen Mk. Ende 1916 auf 726 Millionen Mk. Ende 1917, also um rund 260 Millionen Mk. zugenommen. Der Gesamtumsatz betrug 97,146 Milliarden Mk., d. h. gegen das Vorjahr 33 884 Milliarden Mk. oder 53 v. H. mehr. Bargeldlos wurden 72 818 Milliarden Mk. oder 74 v. H. des Gesamtumsatzes beglichen. Anträge auf Öffnung eines Postbesucherkontos sind bei jeder Postanstalt erhältlich.

Operntheater. Man schreibt uns: Am Sonnabend, dem 26. d. Mts., findet zum Besten der Nationalitätsumgebung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen eine Vorstellung statt, deren Gelingen Reinertrag an die genannte Leistung abgeführt werden soll. Zur Aufführung gelangt das vieraktige Lustspiel „Der Tugendhof“ von R. Stowronnek. Besonders interessant wird das Werk dadurch, daß es in hiesiger Gegend spielt. Im Anbetracht des guten Zweckes wäre eine recht zahlreiche Beteiligung von Seiten des Publikums wünschenswert.

Obeslar. Ueber die politische Lage sprach in einer von etwa 500 Personen besetzten Versammlung im Tivolihof der Reichstagsabgeordnete R. Frohme. Eine Entschleunigung im Sinne des Referats fand Annahme.

Segeberg. Die Verehrten im arzen. 16 schwere Einbrüche und zwei Diebstahlsfälle, Martha Baumann aus Travertort und Frau Wit aus Hamburg, die in der Nacht zum 15. Januar in Al-Niendorf von der Gendarmerie festgenommen worden, nachgesehen. Durch die Ermittlung in Hamburg, wo sie ihr Diebstahl verkauften oder in Wandhäusern versteckten, und von den angrenzenden Gendarmerieposten und Polizeibehörden werden aber noch ähnlich neue Fälle aufgedeckt. Die Baumann, Witt und Genossen haben den ganzen Herbst und Winter als keine Namen die Umgebung von Hamburg, Lübeck, Cuxin, Segeberg und Oldesloe bereist und dort in den anliegenden Ortshäusern Einbrüche verübt und alles gestohlen, was ihnen in die Hände fiel. Kleidung, Wein, Lebensmittel, Wäsche usw., und machten es in Hamburg und Lübeck zu Geld, das sie in leichtsinniger Weise mit Freunden und Bekannten verjubelten, bis sie in Al-Niendorf ihr Schicksal erlitten.

Schwerin. Eine Theatervorstellung der Vaterlandspartei. Ueber eine „Patriotische Gedenkfeier“ im Hoftheater zu Schwerin berichten die „Hamb. Nachr.“: Zur Erinnerung an den 18. Januar 1871 hatte der Ortsverein Schwerin der Deutschen Vaterlandspartei zu einer weihenollen Gedenkfeier, zu einer feierlichen Beförderung deutscher Siegesgedenke eingeladen, und der Großherzog hatte am Sonnabend für diese Feier das Hoftheater zur Verfügung gestellt. Die Großherzogin, die Großherzogin Marie, die Großherzogin von Oldenburg, sowie der Herzog und die Herzogin Johanna Albrecht waren anwesend; die Mitglieder des Staatsministeriums mit ihren Damen, eine Reihe von Generalen, die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden, der Magistrat und viele patriotische Männer und Frauen waren erschienen. Die Begrüßungsansprache hielt Generalleutnant v. Haeseler, die Hauptansprache Andreas Gildemeister (Bremen), der zum Schluß seiner 1 1/2stündigen Rede betonte: „Fort mit dem Vaterland! Fort mit aller Jaghaftigkeit! Die Deutsche Vaterlandspartei ist auf den Plan getreten und Millionen stehen auf und rufen: Wir treten zu unserem kaiserlichen Herrn, wir harren aus mit ihm. Keinen Papst, keinen Wiener, keinen Scheidemann, keinen Erzberger-Frieden, nicht den Frieden, den die Engländer heuchlerisch den demokratischen Frieden nennen, als läge er im Interesse der Völker, denen sie allezeit die Freiheit versprochen und die Knasthaft gebracht haben! Dieser heuchlerisch sogenannte demokratische Frieden ist nichts anderes als der Gold-Friede des angestrichelten Weltkapitals. Den deutschen Volks- und Völkern Frieden wollen wir, der unseren Arbeitern, unseren Bauern, unseren gewerblich arbeitenden Mittelstand, der Handel und Schiffahrt und Industrie und Landwirtschaft, der deutscher Geistesarbeit, der dem ganzen deutschen Volk neue Lebensführung und Entwicklungsfreiheit, der zugleich den Völkern der Welt und insbesondere den Völkern Europas Frieden vor englischen, vor angestrichelten Raubgütern gewährt! Diesen starken deutschen Frieden, den wollen wir!“

Wir vermüssen in dieser „patriotischen“ Rundgebung, die so ziemlich alles in Deutschland und Oesterreich, was nicht zur Vaterlandspartei gehört, mit den Engländern zusammen in den großen Topf der Landesfeinde wirft, nur noch eins, nämlich die Erklärung, daß der „starke deutsche Frieden“, den wir wollen, die radikale Abschaffung jeder demokratischen Einrichtung bringen muß. Ganz Deutschland und die noch zu erobernden Länder werden mit der mecklenburgischen Verfassung beglückt. Dann kann jeder biedere Kriegsprofiteur, der sich eilich hunderttausend Mark zusammengewuchert hat, ein Rittergut kaufen und geborener Gekochter werden. Wir hoffen, durch diesen Zufall erst vollkommen das ausgebrüht zu haben, was die mecklenburgischen Vaterlandsparteier bei ihrer Postbesuchung innerlich beweinten.

Lübeck. Der Bleiteiger von Jessenitz. Vor der Konturöffnung über die bekanntlich durch Wasserbruch veranlassten Meckl. Kalkwerke Jessenitz u. G. war bekanntlich der Versuch gemacht worden, das Unternehmen durch Übernahme eines im Ausbau begriffenen andern Kalkwerks vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren und den Aktionären einen Teil ihres Kapitals zu retten. Die alten Aktien wurden im Verhältnis von 10:1 zusammengeleert und abgestempelt. Insgesamt 600 Aktien wurden bei dieser Gelegenheit der Verwaltung teils freiwillig überlassen, teils wurden sie, weil ihre Besitzer sich nicht eintrafen, für kraftlos erklärt. Für diese 600 Aktien sind 60 neue Aktien ausgegeben und verteuert worden, die einen Gesamtwert von 60 Mk. erbrachten. Der Konturverwalter bringt diese 60 Mk. an die Besitzer der erwähnten 600 alten Aktien nunmehr zur Verteilung. Es entfällt also auf jede Aktie ein Beitrag von 10 Pfennigen.

Mitro. Von der Eisenbahn totgefahren. Bei der Station Zirtow wurde nach Abfahrt des Zuges eine Fraueneiche aufgefunden. Sie wurde als Frau Gutschmidt aus Zirtow erkannt. Man nimmt an, daß sie den Bahnhof zu spät erreicht und versucht hat, auf den schon in Bewegung befindlichen Zug zu springen.

Hofed. Ein mackerer alter Mittläufer, der Genosse Julius Schmidt, hat im 76. Lebensjahre die Augen für immer geschlossen. Genosse Schmidt stand seit 1876 in der Rotader Bewegung und war schon im derzeitigen Arbeiterbündel tätig, der unter dem Zwange der damaligen Verhältnisse das Parteileben in sich verlor. Immer auf dem Posten, das war seine nimmermüde Losung; bei Schritten und Flugblattverbreitungen in Stadt und Land und wenn es galt Geld auf Sammelreisen einzubringen. Das erste sozialdemokratische Rotader Blatt, dem mit Jakschitzers die Sozialistische Arbeiterbewegung in Lübeck ausgedient wurde, der „Arbeiterfreund“, vertrat unterm vertriebenen Genossen die rechte Werkstätte bei der Gründung und traktierte technische Wühlhilfe. Bei Reichstagswahlen war es seine mit Eifer erfüllte Aufgabe, wochenlang vorher über Land zu agieren und die Wähler mit vorzubereiten, und auch als der sozialdemokratische Wahlverein gegründet war, hat er an den Parteiarbeiten sein reichlich Teil übernommen und, solange es ihm möglich war, mit der den Kassen des Sozialismus eigenen Hingebung ausgeführt. Im Jahre 1907 wurde er ständiger Reporter und Korrespondent hatter für die Redaktion der „Med. u. Volkst.“ und, so weit es ihm, wenn der Redakteur Grotz durch Gefängnis von in Anspruch genommen wurde, hat er derzeit auch die Redaktion innegehabt. — Die Arbeiterpartei des Bezirks Mecklenburg-Lübeck wird das Andenken des mackeren Genossen in Ehren halten!

Hofed. Die Selbstbestimmung der mecklenburgischen Städte. In den beiden Mecklenburg erzieht sich, was man in Preußen die Städteordnung nennt, vielmehr und dort die Kommunen hinsichtlich der städtischen Steuern selbständig. Seit einiger Zeit verhandeln nun die beiden Regierungen, Einfluß auf die Steuererhebung der Städte zu gewinnen. Sie fordern, daß bei Neuereuerungen der kommunalen Steuererhebungen diese dem Lande Einkommensteuergesetz und dessen Tarif nachgebildet werden. Auch wird von den Regierungen die Reduktion gefordert, daß nur bis zu einer bestimmten Höhe die kommunalen Steuern nach der Satzung ausgeschrieben werden dürfen, und daß für höhere Sätze jedesmal die Genehmigung des Ministeriums erforderlich sei. Ferner wird von den Regierungen die Genehmigung der kommunalen Steuererhebungen auf bestimmte Zeit be-

stänkt. Ohne Zweifel engt dieses Vorgehen der Regierungen das Selbstbestimmungsrecht der Städte erheblich ein und bei konsequenter Fortsetzung würde es die Kommunen den Regierungen gegenüber völlig willenlos machen. Es würde nicht schwer halten, aus der Pflicht der Städte, für ihre Steuererhebungen, insbesondere wiederum für die Steuerhöhe über eine gewisse Höhe, die Genehmigung nachzusuchen, das Verlangen für die Regierungen heranzuleiten, über Einzelheiten des städtischen Haushalts mitzubestimmen, und aus der Beschränkung der Gültigkeit der Satzungen auf bestimmte Zeit den freien Beschlüssen der Städteverwaltung eine starke Fesseln erwachen zu lassen. Es ist deshalb durchaus verständlich, daß die von dem Vorgehen der Regierung betroffenen Städte sich beschwert fühlen und sich wehren. Freilich ist nicht zu übersehen, daß jene Städteverwaltung sich den Tarif der Landes-Einkommensteuer hauptsächlich nicht auferlegen lassen wollen, weil sie die kleinen Steuerzahler nach eigener Herzenslust beurteilen wollen. Zu diesem Zweck haben sie in ihre kommunalen Steuererhebungen höhere Mindestsätze hineingeschrieben, als sie der Tarif des Einkommensteuergesetzes des Landes für dieses vorseht. Um aber das Selbstbestimmungsrecht der Städte zu wahren, lehnen diese sich gegen die ihnen angebotene bewußte Genehmigungspflicht auf; sie haben sich um Hilfe an den mecklenburgischen Landtag gewandt.

Theater und Musik.

Stadttheater. „Clavigo“, Trauerspiel von Goethe. Dritte Vorstellung für die Schauspielergemeinde. Man kann die Gründung der Schauspielergemeinde nur freudig begrüßen, nachdem sich immer mehr herausgestellt hat, daß das Lübecker Theaterpublikum im allgemeinen dem Schauspiel, und insbesondere an den Klaffern, nicht sonderlich zugeneigt ist. Für einen Theaterleiter, wie Herrn Direktor Juchs, der auf seiner Bühne dem Schauspiel gern eine gute Stätte bereiten möchte, ist es schmerzhaft, wenn er von der Ausführung wirklich guter Schauspiele absehen muß, weil der Besuch solcher Vorstellungen im allgemeinen zu wünschenswert übrig läßt. Durch die Schauspielergemeinde ist nun Gelegenheit geboten, auch unseren Klaffern wieder etwas mehr Eingang auf unserer Bühne zu sichern. Die dritte Vorstellung dieser Gemeinde machte uns mit einem Stück Altmeisters Goethe vertraut, das zwar nicht zu seinen besten Schöpfungen gehört, immerhin aber dank seiner lebhaften Charakterisierung der einzelnen Personen verdient, auch in Lübeck einem größeren Kreis von Freunden des Schauspiels vorgeführt zu werden. In „Clavigo“, den er in 8 Acten niedergeschrieben haben soll, hat Goethe in der Titelrolle den Widerstreit zwischen Liebe und Strebertum, und in Carlos, dem Freunde Clavigos, die geradezu dämonische Ueberredungskunst eines Menschen geschildert. Das Stück, dem im übrigen mancherlei Schwächen anhaften — wir denken hier an die entwürdigende Nachahmung Clavigos gegenüber den ihn betrübenden Bruder seiner früheren Geliebten und an die Sterbehilfen — wurde unter der Leitung des Herrn Direktor Juchs sehr gut herausgebracht. Der Clavigo des Herrn Juchs hat uns in einigen Stellen etwas zu sentimental angelegt, allzuviel ist auch hier umgehört. In der Hauptrolle aber war kein Clavigo lebenswahr und echt. Herr Weidner als Carlos vertritt es, keine ganze Ueberredungskunst gegenüber dem ihm und herabsehenden Freund spielen zu lassen. Es ein mehrer Mäcker der Ehre seiner von Clavigo betrogenen Schwester Marie erweist Herr Jung als Beamtenhais. Glänzend im Spiel, reißt er die Zuschauer mit sich. Die unglückliche Marie wurde von Frau Juchsen dargestellt; diese junge Künstlerin entwickelt sich immer mehr. Wenn sie der ihr übertragenen Rolle auch noch nicht in allen Einzelheiten völlig gewachsen ist, so ist ihr Spiel doch lobend anzuerkennen. Alles in allem: Es war eine Vorstellung, die den lebhaften Beifall verdiente, der am Schluß geendet wurde.

Termin entwickelt sich immer mehr. Wenn sie der ihr übertragenen Rolle auch noch nicht in allen Einzelheiten völlig gewachsen ist, so ist ihr Spiel doch lobend anzuerkennen. Alles in allem: Es war eine Vorstellung, die den lebhaften Beifall verdiente, der am Schluß geendet wurde.

Aus der Partei.

Der „Vorwärts“ verboten. Der „Vorwärts“ läßt am Dienstag morgen diese Benachrichtigung verbreiten: An unsere Leser! Laut Verfügung des Oberkommandos in den Marken ist das Erscheinen des „Vorwärts“ zunächst auf 3 Tage verboten. Es ist uns gefallt, unsere Leser von der Tatsache des Verbots mit der Maßgabe zu benachrichtigen, daß das Verbot „wegen Nichtbeachtung einer allgemein gültigen Zensurverfügung“ ausgesprochen worden ist. Redaktion und Verlag des „Vorwärts“. Inzwischen ist das Verbot wieder aufgehoben.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 22. Januar. (Umsicht.) Unsere U-Boote im Mittelmeer waren kürzlich mit besonders gutem Erfolge gegen den Transportverkehr nach Italien und dem Orient tätig. Sieben Dampfer und zwei Segler mit rund 27 000 Brutto-Registertonnen sind ihren Angriffen zum Opfer gefallen. Den Hauptanteil an diesem Erfolge hatte Kapitänleutnant Beder (Franz). Alle Dampfer bis auf einen waren bewaffnet und fuhrten meist in stark gefährdeten Geleitzügen. Unter ihnen konnten namentlich festgesetzt werden die englischen Dampfer „Egyptien Transport“, „Steelville“, „Atlant“ und „Arab“, deren Vernichtung für die Kriegswirtschaft unserer Feinde von besonderer Bedeutung ist, weil mit ihnen 24 000 Tonnen Kohlen verloren gingen. Von den übrigen Dampfern hatte einer, der sehr starken Detonation nach zu urteilen, Munition geladen. Ein anderer anscheinend mit Reis tiefbeladener Dampfer wurde im Artilleriegefecht zäh verfolgt, auf die Klippen vor der Küste der Chrenaita gejagt und dort trotz Eingreifens einer Landbatterie vernichtet. Die beiden Segler, mit den Namen „Guiseppe“ und „San Antonio“, waren italienischer Nationalität. Von ihnen hatte ersterer Holzladung. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Sauerh. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gedruckt in Lübeck.

Vaterlandsliebe befundet sich durch Opferinn. Ein näheres Zeichen ist die Goldabgabe! Bringe Dein Gold den Goldaufbaustellen!

Bekanntmachung.

Nach der Bundesratsverordnung vom 2. Januar d. J. über die Verabreichung von Zulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente aus der Invalidenversicherung wird Empfänger einer Invaliden-, Witwen- oder Waisenrente für die Zeit vom 1. Februar bis zum 31. Dezember 1918 eine Zulage zu ihrer Rente gewährt. Die Zulage beträgt für die Empfänger einer Invalidenrente monatlich acht Mark und für Empfänger einer Witwen- oder Waisenrente monatlich vier Mark. Sie wird vom 1. Februar d. J. ab im Voraus gezahlt. Die Zulageordnungen sind

für in der Stadt Lübeck und deren Vorstädten wohnende Rentenermächtigten während der Geschäftswachen von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 2^{1/2} Uhr bis 4 Uhr nachmittags bei dem Einwohnermeldeamt (Kanzleigebäude, Breiten Straße), für in den Polizeibezirken Travemünde, Schwaan, Scharnis, Scharnisburg und Wismar wohnende Rentenermächtigten bei den dortigen Polizeibehörden, für in Landgebiet wohnende Rentenermächtigten bei den zuständigen Gemeindepflichtbehörden vom Sonnabend, dem 26. Januar d. J. ab in Empfang zu nehmen. An Empfänger von Alters- oder Waisenrenten wird die Zulage nicht gezahlt. Lübeck, den 22. Januar 1918. (317) Das Versicherungsamt.

Ausgabe von Speisemarken.

Auf Grund der Bekanntmachung des Behördensprechers betreffend die Ausgabe von Speisemarken vom 31. Januar 1917 wird gemäß folgendes angesetzt: Die Ausgabe der Speisemarken für den Monat Februar 1918 erfolgt vom Sonntag, dem 24. Januar 1918 ab von morgens 9 Uhr bis 3 Uhr nachmittags in der Kasse für die Ausgabe von Speisemarken, Markt 62. Für den Monat Februar werden im Höchstmaß 4 Mark je 15 Marken, deren Gültigkeit jedoch nicht länger als 2 Monate gegeben.

Zur Erlangung je eines Markes sind abzugeben: 1. einer der für den Monat Februar für die Ausgabe von Speisemarken gültigen Abstände 12 bis 15 der Speisemarken. 2. einer der zum Zwecke von Januar im Monat Februar gültigen Abstände 16 bis 18 der Speisemarken und 3. sechs Markabstände der Abstände 19 bis 30 der Speisemarken. Teilhaberinnen und Teilhaber, welche auf die Abstände 19 bis 30 Speisemarken bereits bezogen haben, erhalten gegen Vorweisung von 3 Mark zur vollständigen Zahlung eigener Markabstände für jedes Speisemarken gegen Vorweisung des Tagespreises in der städtischen Kasse, Markt 62, 1. einen entsprechenden Abstand. Die Abstände von Speisemarken für andere als oben genannte Personen, welche hier in feiner Arbeit haben, erhalten nur in der Geschäftsstelle der Antragskassen-Behörden, Markt 62, Abstände 12, 14.

Lübeck, den 22. Januar 1918. (318) Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Bekanntmachung.

Die in dieser Woche für die Bezüge 1-4 auf Absatz 9 der Speisemarken für den Monat Februar gültigen Abstände sind nicht zur Ausbezahlung vorhanden und entsprechend zur Ausbezahlung von Speisemarken nicht zu verwenden. Lübeck, den 22. Januar 1918. (319) Die Nahrungsmittel-Verteilungsstelle.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Lübeck. Am Sonntag 20. Januar, nachmittags 1^{1/2} Uhr, der Redakteur Johannes Kock. Ihre leeren Arbeiten! Die Verhandlung findet am Freitag, dem 25. Januar, nachmittags 1^{1/2} Uhr, auf dem Sommer-Platzhof statt. Die Verhandlung findet am Freitag, dem 25. Januar, nachmittags 1^{1/2} Uhr, auf dem Sommer-Platzhof statt.

Gustav Behnke und F. Faber. Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokr. Verein Lübeck. Am Sonntag verhandelt über unsere Angelegenheiten. Johannes Kock. Ihre leeren Arbeiten! Die Verhandlung findet am Freitag, dem 25. Januar, nachmittags 1^{1/2} Uhr, auf dem Sommer-Platzhof statt. Der Vorstand.

Am 15. Januar nachmittags 1^{1/2} Uhr unter der Leitung des Landsturmmanns Johannes Kanstein. Die Befreiung findet am 25. Januar auf dem Ehrenhof statt. Beginn der Feuerfeier 8^{1/2} Uhr in der Revolver-Burde. (311) Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsgruppe Lübeck. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, 26. Januar 1918, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannsstraße 50-52. 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Bericht von der Reichskonferenz in Berlin. 3. Geschäftsbericht des Vorstandes. Geht in Betracht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. (312) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater. Heute abend 7 Uhr: (315) Die heusche Susanne. Stadttheater. Mittwoch, 23. Januar 1918. Die Garsdastürstin. Donnerstag, 24. Jan. 1918: Ariadne auf Naxos. Oper von Richard Strauß. Freitag, den 25. Januar 1918. Minna von Barnheim. Lustspiel von G. E. Lessing. Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Am 15. Januar nachmittags 1^{1/2} Uhr unter der Leitung des Landsturmmanns Johannes Kanstein. Die Befreiung findet am 25. Januar auf dem Ehrenhof statt. Beginn der Feuerfeier 8^{1/2} Uhr in der Revolver-Burde. (311) Deutscher Eisenbahner-Verband. Ortsgruppe Lübeck. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, 26. Januar 1918, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannsstraße 50-52. 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Bericht von der Reichskonferenz in Berlin. 3. Geschäftsbericht des Vorstandes. Geht in Betracht eines jeden Kollegen, zu erscheinen. (312) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater. Heute abend 7 Uhr: (315) Die heusche Susanne. Stadttheater. Mittwoch, 23. Januar 1918. Die Garsdastürstin. Donnerstag, 24. Jan. 1918: Ariadne auf Naxos. Oper von Richard Strauß. Freitag, den 25. Januar 1918. Minna von Barnheim. Lustspiel von G. E. Lessing. Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Hansa-Theater. Heute abend 7 Uhr: (315) Die heusche Susanne. Stadttheater. Mittwoch, 23. Januar 1918. Die Garsdastürstin. Donnerstag, 24. Jan. 1918: Ariadne auf Naxos. Oper von Richard Strauß. Freitag, den 25. Januar 1918. Minna von Barnheim. Lustspiel von G. E. Lessing. Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Hansa-Theater. Heute abend 7 Uhr: (315) Die heusche Susanne. Stadttheater. Mittwoch, 23. Januar 1918. Die Garsdastürstin. Donnerstag, 24. Jan. 1918: Ariadne auf Naxos. Oper von Richard Strauß. Freitag, den 25. Januar 1918. Minna von Barnheim. Lustspiel von G. E. Lessing. Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Hansa-Theater. Heute abend 7 Uhr: (315) Die heusche Susanne. Stadttheater. Mittwoch, 23. Januar 1918. Die Garsdastürstin. Donnerstag, 24. Jan. 1918: Ariadne auf Naxos. Oper von Richard Strauß. Freitag, den 25. Januar 1918. Minna von Barnheim. Lustspiel von G. E. Lessing. Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Zwecks Erledigung zahlreicher Aufträge bleibt mein Geschäft von heute ab für ca. 8 Tage geschlossen. Friedrich Michael, 321 Samenhandlung. Lübeck, Breite Straße 33.

Absatzreisen, auf Holz montiert, erlegen das Gerademacher mit Leder. Alle Größen. G. Grimm Nachf. Lederhandlung, Schlumacherstr. 6. Von 1-3 geschlossen. Theater für d. Jugend i. Marmorsaal d. Stadttheat. Sonntag, den 27. Januar nachmittags 4 Uhr: (304) Bremer Stadtmusikant. Vorverkauf bei E. Robert, Breite Str. u. Holstenhaus.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg. e. G. m. b. H. Bezirksammlungen für die Abgabestellen in: Moising Sonntag, den 26. Januar, abends 7^{3/4} Uhr, in Siemers Kaffeehaus. Eutin Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus Hanja, Markt 17. Ahrensböck Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Gastwirt Blunt.

Am Klosterhof Mittwoch, den 30. Januar, abends 8 Uhr, bei Herrn Gastwirt Stahmer, Kronsforder Allee, Ede Kahlhorststr. Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Geschäftsbericht. 2. Wahlen zum Genossenschaftsrat. Um zahlreichen Besuch seitens der Mitglieder und deren Frauen bittet Der Vorstand. (316)

Oeffentlicher Vortragsabend Sonnabend, den 26. Januar, abends 8 Uhr, im Marmorsaal: „U-Bootkrieg u. U-Boothelden“ Lichtbildvortrag von Oberleutnant a. D. Dr. Zowe-Berlin. Karten zu Mk. 1.—, 50 und 20 Pfg. an der Abendkasse und im Vorverkauf bei Nagel und Ernst Robert. (310)

Aus dem preussischen
Abgeordnetenhause.

Die Staatsdebatte begann am Montag zunächst mit einer Erörterung der Polenpolitik der Regierung. Der polnische Abgeordnete v. Tramsinski protestierte dagegen, daß auch der diesjährige Etat wieder die bekannten Kampfpositionen gegen die Polen enthält; er bezeichnete das als eine eigenartige Illustration zu den Verhandlungen in Brest-Litovsk und forderte den Schutz der nationalen Minderheiten durch internationale Schiedsgerichte. Der Minister des Innern, Dr. Drews, erwiderte mit großer Schärfe, daß man sich die Einmischung anderer Länder in die innerpolitischen Angelegenheiten Preußens auf das entschiedenste verbieten müsse. Internationale Schiedsgerichte seien im Prinzip anzuerkennen, aber doch nur dann, wenn es sich um Streitfälle zwischen verschiedenen Völkern oder Staaten handelt. Unmöglich aber könne man die Regelung der Angelegenheit eines bestimmten Landes einem internationalen Schiedsgericht unterbreiten. Wenn wir ein Kasallenstaat sein wollten, der der Aufsicht und Bestätigung eines anderen unterliegt, dann hätte man den Krieg überhaupt nicht führen brauchen, dann hätten die Millionen unserer Volksgenossen nicht bluten brauchen. Der Minister warnte daher, mit dem Gedanken eines Nationalitätenstaates zu spielen, und erklärte ausdrücklich, daß jeder Gedanke, die Einheitlichkeit des preussischen Staates etwa durch eine Autonomie von Westpreußen und Posen zu vernichten, für die Regierung völlig undiskutabel sei. Im übrigen verteidigte er die Aufrechterhaltung der Staatspositionen, die nach Ansicht der Regierung nicht dem Kampf gegen die Polen, sondern dem Schutze des Deutschlands dienen sollen.

Auch der konservative Abgeordnete Dr. Hoesch wies die Forderung, daß ein internationaler Schiedsgerichtshof in innerpreussischen Dingen entscheidend mitreden soll, zurück, um im weiteren Verlaufe seiner Rede, wie alljährlich, die Landwirtschaft zu preisen und schon jetzt für eine zukünftige agrarische Wirtschaftspolitik Propaganda zu machen. Aus der übrigen Debatte ist die Rede unseres Genossen Haenisch hervorzuheben, der sich zunächst gleichfalls mit der Polenfrage beschäftigte und die Einstellung der Staatspositionen bekämpfte, aber im Gegensatz zu dem polnischen Redner sich gegen eine Autonomie Polens erklärte. Eine solche Autonomie sei ein Traum und nicht einmal ein schöner Traum. Weiter übte Genosse Haenisch Kritik an der Handhabung der Zensur und an der Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts. Er forderte ein volles Vereins- und Versammlungsrecht, insbesondere die Erlaubnis, überall in öffentlichen Versammlungen zur Wahlrechtsfrage Stellung zu nehmen. Haenisch erörterte sodann die sozialdemokratischen Friedensziele unter scharfen Ausfällen gegen die Bestrebungen der Anexionisten, wobei er gleichzeitig betonte, daß eine effizientere Frage für die deutsche Sozialdemokratie nicht existiere. Ebenso wie wir von anderen Ländern nichts annekterien wollen, verbitten wir uns die Annexion deutscher Landesteile durch unsere Feinde. Die Angelegenheiten im Innern Preußens würden wir selbst regeln. Es sei selbstverständlich, daß wir umfangreiche Reformen in Preußen verlangen, vor allem die Wahlreform, und daß wir mit allem Nachdruck dafür kämpfen werden. Der Schluss seiner Rede bildete eine Abrechnung mit den Nationalliberalen wegen ihrer Verschleppungsversuche in der Wahlrechtskommission. Er führte den Herren vor Augen, daß die große geschichtliche Notwendigkeit sich allen Widerständen zum Trotz auch in Preußen schließlich durchsetzen werde.

Ein schwedischer Arbeiterführer
in Petersburg.

Der Vorsitzende des schwedischen Metallarbeiterverbandes, Sjöström, war in der vergangenen Woche in Petersburg, um mit dortigen Gewerkschaftlern und dem Arbeitsminister Schapnikoff über Arbeiterfragen zu beraten. Ueber seine Eindrücke gab er

einem Vertreter des Stöckholmer „Sozialdemokraten“ folgende Auskunft:

Die Regierung scheint gegenwärtig in Petersburg die Lage vollkommen zu beherrschen. Ihre Stempel auf den Papierzetteln waren ein „Sesam öffne Dich!“, der zu allem Zutritt gab. Aber überall herrschte ein unbefriedigender Wirrwarr. Im Marzopalast waren gerade Unterhandlungen zwischen dem Arbeitsminister und den Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Gange. Man verfuhr, die ganze Kriegsindustrie in eine Industrie für den Friedensverkehr umzuwandeln, aber das Organisationsproblem macht große Schwierigkeiten und ist noch weit von seiner Lösung entfernt. Auch die Einigkeit ist schwer aufrecht zu erhalten: alle wollen über alles und alle befehlen, ein Zustand, der früher oder später zu einer Krisis führen muß. Es hilft nichts, daß die Minister Tag und Nacht ihren Dienst versehen — die Arbeit häuft sich trotzdem an und eine Stockung im Wirtschaftsleben scheint unvermeidlich.

Petersburg wird ein strenges Regiment geführt: zahlreiche Behauptungen von Kadetten, namentlich von Führern der Partei, wurden gerade während meines Aufenthaltes vorgenommen. Aber auf allen Straßen wehten Fahnen der — Konstituante zu Ehren, deren Zutritt man erwartete und auf die man augenscheinlich große Hoffnungen setzte. In Petersburg ist alles ungeheuer teuer, und die Bevölkerung macht den Eindruck eines „Kales in Lumpen“. Man lebt in Petersburg in bezug auf alles, was zum Lebensunterhalt gehört, unter sehr erschwerenden Verhältnissen. Auch den schwedischen Besuchern war es gänzlich unmöglich, ein Unterkommen zu finden. Aber mitten in der Nacht rief der Arbeitsminister das Hotel „Agora“ an, über das die Regierung sich die Verfügungsgewalt gesichert hatte, und sofort kam ein höherer Offizier und geleitete die Gäste dorthin. Die Wände und die Decken in den Zimmern trugen noch die Zeichen der Revolutionstage: überall sah man die Löcher, welche die Maschinen-gewehrfeuern geseligen hatten, die an den Kampf um die Eroberung des Hotels erinnerten. In den zwei Tagen des Aufenthaltes der Schweden in Petersburg kamen trotz der sehr lebhaften Straßenszene keine Unruhen vor. Auf den Straßenbahnen fährt man umsonst, d. h. wenn man Platz bekommt. Man hängt sich an die Wagen, steht auf den Trittbrettern, auf den Fußstapeln usw. Es ist zu vernünftigen, daß all dies ohne schwere Unglücksfälle abläuft. Bei der Abreise von Petersburg hörten die Reisenden vereinzelte Schüsse, ohne ihre Ursache ermitteln zu können.

Aus Petersburg herauszukommen ist nicht leicht, mit dem Zuge weiterzufahren, ohne Regierungspass völlig unmöglich, und die Beförderung der Pässe war äußerst genau und wurde bis zur finnischen Grenze feben- oder achtmal wiederholt. In dieser Hinsicht hat die Regierung die Kontrolle vollständig in ihrer Hand, und das Militär von Petersburg und Umgegend schien keine Religion zu kennen als den Bolschewismus. Aus anderen Gegenden des Landes wurde hingegen von Bewegungen berichtet, die in entgegengelegter Richtung gingen.

Die größte Schwierigkeit für die Regierung bleibt indessen, Industrie, Handel und Verkehr wieder in Gang zu bringen. Die vielen freitenden Köpfe und die völlig unbegrenzten Forderungen von allen möglichen und unmöglichen Seiten erhöhen noch den Wirrwarr.

Eine österreichische Köpenickiade.

In einer der letzten Sitzungen des österreichischen Abgeordnetenhauses erzählte der bürgerliche Abgeordnete Professor Dr. Valban die folgende Geschichte:

Ein gewisser Kasal Konia, jüdischer Privatlehrer, der vor dem Krieg infamullos als Geschirrwäscher in einer jüdischen Kaffeehaus arbeitete, ist als Fanfarrer einmündig, auf unbekanntem Wege — ich rühe mich auf das Gerichtsurteil — bis zum Führer vorgekommen, sodann legal zum Feldwebel befördert worden. „Nächst der Superiorität hat er sich eigenmächtig die Charakter eines Kadettfeldwebels beigelegt, stellte sich in dieser Eigenschaft beim Landesverteidigungsministerium vor und bat um entsprechende Verwendung; er wurde befehligt, daß er nur für den Fall der Befreiung eine Verwendung finden und zum Landsturmlieutenant designiert werden könnte. Er verschaffte sich beim Wiener Landsturm-Bezirkskommando ein Dienstausweisquantum, wurde zum Landsturmlieutenant designiert und nach neuerlicher Superiorität — Er sehen, meine Herren, daß er dreimal seinen Gesundheitszustand wechselte — der Zensur in Wien, sodann in Neuuland aueteilt. Wie Sie sehen, ein gut geeigneter Kandidat! In Neuuland ist die Zensurstelle auf seine auffallenden Intelligenz und orthographischen Fehler aufmerksam gemacht worden: er wurde verhört und in Haft genommen, seine Beförderung zum Offizier wurde annulliert. Es gelang ihm aber, zu entkommen, sich auf unbekanntem Wege ohne jedwede Legitimation einem nach Graz dirigierten & anttransport anzuschließen, in

dem er sich als Kadett Josef Neumann ausgab. Er erhielt einen offenen Befehl nach Braemühl, auf dem Namen Doktor Josef Neumann. Da ihm Braemühl gefährlich schien, zog er es vor, nach Braemühl zu gehen, wo er sich beim Stappentkommando meldete, ohne daß man dort den Unterschied zwischen Braemühl und Braemühl beachtet hätte. Dem Stappentkommandanten leiste er einen Dienstakt vor, wonach er diesem Kommando zur Sammlung von Materialien ausgestellt sei; der von ihm gefällte Dienstakt, der dem Berichtsteller beiliegte, strotzte von orthographischen Fehlern, was aber unberücksichtigt blieb. Man gab ihm sogar sechs Mann zur Verfügung, ohne auch nur zu erheben, wer ihn geschickt habe. Mit diesem Stappentkommando durchsuchte er die Gegend nach Vieh, beanstandete dessen Herkunft als russisch, konfiskierte Viehstücke, versteigerte sie öffentlich, was ihm 45000 Kronen einbrachte, die er nicht verrecknete, und aus denen er drei Monate hindurch den Unterhalt seiner Truppe, um die sich kein Kommando mehr kümmerte, bestritt.

Sodann überlebte er nach Sliniany, legte Leutnantsuniformen und Dekorationen an und etablierte dort ein selbständiges Stappentkommando, in welcher Funktion er sich zum Oberleutnant beförderte. Er schaute eine Amistafel und Stappent an. Das vorgelegte Stappentkommando der zweiten Armee (Zelmarischaleutnant von Söllhauß) dort offenbar nicht nachgefordert, über wessen Befehl diese neue Stappentliste entstanden war, und auch das in Sliniany befindliche Kavalleriebetriebsamt ließ die eigenmächtige „Gründung“ unangefochten. Als die Verhandlungen zu immer höheren Klagen führten, ließ sich der erwähnte General in einer Mitteilung herbei, ohne auch aus diesem Anlaß zu erheben, ob in Sliniany überhaupt eine Stappentstation legal bestünde. Die Mitteilung fiel glänzend aus, die Besondereführer wurden mit Strafen belegt und der allein kompetente Chef ein Feldmarschalleutnant, erklärte, Dr. Neumann sei der „gebiegeste Offizier“ seines Stappentbezirks. Da sich gegen hoch möglichen Verdächtigungen zu äußern, sagte dieser gebiegeste Offizier, daß er ebenfalls der 2. Armee angehöre, und fragte, ob er zu ihr zurückkehren solle. Es wurde ihm bedeutet, daß er bleiben solle, da er sich so zu bewähre. Dieser „Bewährer“ bestand in einer großartigen Schneiderei, in Verbindung von Krügelstrafen usw. Seit ein Zufall machte einem Treiben ein Ende; ein Intendant schickte Verdacht wegen des Vorwurfs von 175000 Kronen, die die Operationskasse König zum Anlauf von Kartoffeln überwiesen hatte, und ein Kadett, der ihn aus Neuuland kannte, hätte ihn entlarvt, so daß Neumann vorpost, zu fliehen, wodurch er dem Gericht verfiel. Aber über sechs Monate war die Bevölkerung diesem Menschen ausgeliefert.

Für unsere Feldgrauen.

Einschränkung des Burckensweises.

Offiziere, die auf die Beilegung eines Burckens verzichten, erhalten dafür eine Entschädigung von 45 W. monatlich. Von den höheren Stellen wird darauf geachtet, daß möglichst viele Offiziere sich für diese Geldabfindung entscheiden. Eine jüngst ergangene Verfügung des Kriegsministeriums bestimmt nun, daß für Internierte oder auf Truppenübungsplätzen untergeordnete Offiziere für je 2 Offiziere nur ein Burcke zu stellen ist. Ausnahmen sind nur zulässig für Offiziere, die ein Werk zum Dienstgebrauch bei sich haben müssen, und in den Fällen, in denen die Art der Unterbringung eine Einschränkung nicht zuläßt. Die Sozialdemokratie verlangt schon seit Jahren die Beilegung der Burcken. Die jetzt erfolgte Einschränkung dürfte sich schon dadurch nötig gemacht haben, daß Offizierspflichtigen als Burckensoldaten herangezogen werden, die natürlich als freie Arbeiter entlohnt werden müssen und demnach ziemlich teuer zu stehen kommen. Die Einschränkung der Burckensoldaten ist zunächst allerdings erfolgt, um Manuskripten für die Front freizubekommen. Nachdem damit bewiesen worden ist, daß sich eine erhebliche Veresterung der Burcken recht wohl durchführen läßt, wird mit Entschiedenheit darauf hingeworfen werden müssen, daß nach Beendigung des Krieges die alte Gewohnheit nicht wieder eintritt.

Beleggeber.

Die Bekände der von deutschen Truppen im Kampfe erbeuteten Truppenkassen der feindlichen Heere werden den Armeeführern zur Verwendung zum Nutzen ihrer Armees überwiehen. Als im Kampf erbeutet sind alle Truppenkassen anzufehen, die unter Kampf unmittelbar auf der Hand des Feindes in die Gewalt der deutschen Truppen gelangen. Dazu gehören nicht: Kassengehälter, die verpackt oder verpackt hinterher entdeckt werden. Diese kann es ein Hindernis gewährt werden. Das Privatvermögen der Kriegesangehörigen ist keine Beute. Werden Gelder oder Wertpapiere in den feindlichen Truppenkassen gefunden, die feindlichen Soldaten gehören, also nicht Staatseigentum sind, dann müssen diese Gelder und Wertpapiere zur Aufrechterhaltung der General-Kriegskasse abgeliefert werden.

Harz und Wandel.

Von F. W. Hackländer.

4. Fortsetzung.

Philipp.
Ich trat in den Laden des Herrn Reismehl.
Wem schweben nicht aus seiner Kindheit die Gemölde vor, in welchen Zucker, Rosinen, Mandeln und dergleichen Herrlichkeiten verkauft werden? Wer gedenkt nicht der Zeiten, wo er mit einigen eroberten Pfennigen von den Ladenhütern trat, seinen Geliebten den Zügel schenken ließ und Randisucker und getrocknete Pflaumen verlangte? Mit welcher gierigen, neidischen Augen sah man damals in die Kassen, in denen diese Artikel aufbewahrt wurden, und wünschte nichts sehnlicher, als im vertrauten Umgang mit diesen Schatzkammern leben zu können, um ihres Inhalts zu genießen, so oft es einem einfiel. Törichte Wünsche! Sie ändern sich wohl mit den Jahren, aber sie verlassen uns nie! Wie ich aber an jenem Morgen in den Laden meines künftigen Herrn trat, dachte ich nicht an den süßen Inhalt der Kassen, nein, ich wünschte mit Schnelheit den Augenblick herbei, um in das Leben hinauszutreten, wo ich der Seelstärker zu sein mit ihrem unendlichen Wasserpiegel und ihrem Mastenwald.

Ich konnte diesen Träumen nicht lange nachhängen; Herr Reismehl, der meiner bereits anständig geworden war, trat aus einer kleinen Glashütte, über der mit goldenen Buchstaben das Wort Schreibstube zu lesen war. Sein hohes Gesicht hatte ganz denselben freundlichen lächelnden Ausdruck, mit dem er im Garten unsere Spättereiern hinnahm. Wie es einem so gehen kann, ich hatte den Herrn Reismehl in meinem Leben viele hundertmal gesehen, aber ich noch nie ein Wort sprechen hören, so daß mir nicht anders war, als er bestimme diese edle Gabe gar nicht, und ich ihn mir nur zum Danke. Auch an diesem Morgen wurde ich nicht gleich aus meiner Täuschung gerissen, denn er sah mich durch seine Brille an, nicht ein paarmal freundlich mit dem Kopfe und blinzelte alsdann auf dem Ladentisch umher, wo seine Augen auf einer kleinen feuchten Stelle haften blieben. Er trat hinzu, wühlte etwas mit dem Finger davon auf und brachte es an seine Nase, um sich durch den Geruch zu überzeugen, was es eigentlich sei; zugleich fixierte er es so scharf mit seinen Blicken, daß ihm die Augen ganz feucht standen; dennoch aber mußte er den Sinn des Gesandten zu Hilfe nehmen.

„Et, et, so, so!“ murmelte er vor sich hin, und ich war ordentlich überrascht, ihn sprechen zu hören; „hm, hm, es ist Kornbranntwein, doppelt, vom sechsundzwanzigjährigen; sollte nicht so leichtfertig verkauft werden! He, Philipp!“ — Darauf wandte er

sich an mich und begrüßte mich mit den Worten: „Aha, mein lieber junger Mann! Schamant, Schamant, daß Sie heute kommen; aber Ihre Frau Großmutter, die gute Frau, hat Ihnen wahrscheinlich die Stunde angegeben. Ich hatte sie gebeten, die Frau Pastorin, Sie um zwölf Uhr zu schicken. Es sind aber auf meiner“ mit diesen Worten haupelte er die lange Staffette und an derselben den dicken Uhrstapel hervor, „es sind aber auf meiner schon fünf Minuten drüber, fünf Minuten! ei! ei! — He, Philipp!“ rief er jetzt abermals ins Haus hinein. „Wo steht Ihr?“

Der Geruchene ergriff langsame Schritte und zeigte eine solche Figur und stellte sich mit so ernstem, feierlichem Blick unter die Tür, daß, wenn es nicht heller Mittag gewesen wäre, ich auf alle Fälle geglaubt hätte, Herr Reismehl habe einen Geist angetroffen. Philipp, so hieß die Erscheinung, war ein ziemlich langer Stutzer, der wegen übergroßer Magenfert noch länger ausah, als er wirklich war. Abgesehen von seiner Figur, die zum Gesicht gar nicht paßte, oder was es der feierliche gravitätische Ausdruck in Philipp's Gesicht, das übereinstimmte mit den langen schlotterigen Gliedmaßen gar nicht übereinstimmte, genug, die ganze Figur hatte etwas überaus Komisches. Philipp also, mein kollegialer Vorgesetzter, erschien mir der Tür und hatte, beiseite gehend, so lange Arme, daß er, ohne sich zu bücken, bequem seine Kniehaken hätte über den Hüften, wenn er welche gehabt hätte.

„Philipp“, fragte der alte Herr, „warum wird denn immer der Ladenhüter voll Branntwein geschüttet? Ich kann das nicht leiden! Habe ich doch alle möglichen Lappen und Schwämme angehängt. Et, et! das Holz wird schmutzig und der gute sechsundzwanzigjährige Branntwein verderbt.“ — Philipp wandte den Kopf hart auf die linke Seite, wahrscheinlich aus Demut, und um, da er größer als der Prinzipal war, diesem nicht von oben herab in das Gesicht sehen zu müssen. Dann öffnete er seinen breiten Mund und sagte mit leiser Stimme und einer Langsamkeit, wie ich in meinem Leben nichts Ähnliches gehört: „Herr Prinzipal, es ist nur ein Versehen. Als ich den Branntwein hier gemessen hatte, ging drinnen das Köpchen so an zu heulen, daß ich eilig hereinjagte, um nachzugehen.“ — „Et, et, so, so!“ fiel ihm der Alte in die Rede. „Was ist der arme Mann geschäht?“ — „D nichts, Herr Prinzipal“, antwortete Philipp, „sie lag nur am Fenster in der Sonne, ja, und da kam eine Wolke und machte Schatten, und das mißfiel dem armen Hund.“ — „Nun, nun“, entgegnete Herr Reismehl, „sah nur gut sein, die Sonne wird schon wiederkommen. Hier ist unser neuer Behälter“, fuhr er dann fort, indem er auf mich zeigte. — „Ich hoffe, Philipp, Ihr Verbet Euch seiner aufs beste annehmen und ihn nach und nach mit allen bekannt-

Philipp hob jetzt seinen Kopf einen Augenblick in die Höhe, um mich etwas von oben herab anzusehen; dann aber ließ er ihn auf die rechte Seite sinken und verfiel dem Prinzipal, er werde sein mögliches tun, mich aufs beste heranzubilden. Darauf zog sich Herr Reismehl in seine Schreibstube zurück und ich folgte meinem neuen Lehrer in das Lebensstübchen, wo er gleich seinen Unterricht begann. Ich mußte die Ueberarmel anziehen, die mir die Jungfer Schindlerin genäht hatte, und als mir darauf Philipp eine grüne Schürze gab, die ich um meine Leiden gürtete, gedachte ich lebhaft der guten Person und was sie wohl sagen würde, wenn sie mich in diesem Aufzuge sähe.

Das erste, wozu mich Philipp Anweisung gab, war das edle und notwendige Geschäft des Tintenmachens, und da ich die Anhangsgründe desselben bereits bei meiner Tante erkannt hatte, ging mir die Arbeit rasch von der Hand. Ich merkte mir schnell die verschiedenen Größen und Formen, die im Reismehlschen Geschäft gang und gäbe waren, und als der Prinzipal um ein Uhr in das Ladenstübchen trat, um uns zum Mittagessen abzurufen, war er sichtlich erfreut über meine reißenden Fortschritte und versicherte, ich würde mich bald in das Praktische eingeschlossen haben.

Bei der Mittagstafel wurde ich der dritten Person des Hauses, der Schwester unseres Prinzipals, der Jungfer Barbara Reismehl, vorgestellt, die ich schon von ihrem täglichen Erbsenen am Gartentor her kannte. Diese gute Person war über die Blüte ihres Lebens hinaus, und von der Frische und Regsamkeit der Jugend war ihr nichts geblieben, als eine Lebendigkeit der Sprachorgane, die in Erkennen liegen konnte. Sie war äußerst lebensmüdig gegen mich, und während sie ihre Suppe verzehrte, erzählte sie mir von meiner Großmutter, von allen meinen Tanten und von einer Menge anderer Personen, die als Staffage dieser Geschichte dienen. Der Prinzipal dagegen war bei Tisch äußerst schweigsam, was mir keinen überlief Begriff von seinem Verstand gab, oder von seiner Güte gegen uns. Hatte er auch erzählt, wie Jungfer Barbara, so würden wir schwerlich einen Silben hinterbekommen haben; denn der Anstand erforderte es doch, wenn sie in ihrer Erzählung an einen wichtigen Moment kam, was leider gar zu oft geschah, daß wir Waffer und Gabel rufen ließen, was aufzuhalten. Philipp machte es wenigstens so und sah fast halbe Mittagessen über ausserstam langweilen, mit offenem Munde da; ein Benehmen, wodurch er sich offenbar in der Gasse Barbans festgesetzt hatte. Ich bin aber noch heutigstags des Gluckens, daß eben hierdurch keine Magerkeit täglich zunahm.

